



Wochenschriftlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Zflr., außerhalb incl. Porto 2 Zflr. 15 Sgr. — Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 477. Mittags-Ausgabe.

Dreihundertfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Treubner.

Freitag, den 11. October 1872.

Deutschland.

Berlin, 10. Octbr. [Amlichs.] Se. Majestät der Königin hat dem Wirklichen Geheimen Rath und Ober-Präsidenten der Provinz Pommern, Herrn v. Münchhausen zu Stettin, den Stern zum königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Königin hat den Stadtgerichts-Director Zippel zu Königsberg i. Pr. zum Ersten Director des dortigen Stadtgerichts mit dem Amtscharakter als Stadtgerichts-Präsident; die bisherigen Ober-Bau-Inspektoren Peters in Oppeln, Hauke in Posen und Mupischel in Bromberg zu Regierungs- und Bau-Räthen; und den Kreisrichter und Abtheilungs-Directoren Boehme in Rastun zum Kreisgerichts-Rath ernannt; dem Bürgermeister Denhard zu Straßburg und dem Bürgermeister Dr. Tesmann zu Greifswald den Charakter als Geheimer Regierungsrath; sowie dem Commerzien-Rath Matthias Büdler zu Dülmen im Kreise Kempen den Charakter als Geheimer Commerzien-Rath verliehen; und den bisherigen unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Ludenwalde, Gmisch, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl, in gleicher Eigenschaft für eine fernere sechsjährige Amtsdauer bestätigt.

Die königlichen Regierungs- und Bau-Räthe Peters, Hauke und Mupischel sind als solche den Regierungs-Collegien resp. zu Oppeln, Posen und Bromberg zugetheilt worden. Der königliche Bau-Inspector Bluth zu Neu-Ruppin ist als königlicher Wasserbau-Inspector nach Straßburg versetzt worden. Der Rechtsanwält und Notar Sieber in Mlogrunen ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Allenstein versetzt worden. Dem Oberlehrer Dr. Freyer am Pädagogium zu Ifeld ist das Prädicat „Professor“ beigelegt worden. Der ordentliche Lehrer Peter Adam Conrad am Apostel-Gymnasium in Köln ist zum Oberlehrer befördert worden.

Berlin, 10. Octbr. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] empfangen am 7. d. M. in Baden einige, zur Abstattung vorläufiger Meldungen eingetroffene Militärs, nahmen darauf den Vortrag des Ober-Hof- und Hausmarschalls Grafen Pückler entgegen und arbeiteten demnach mit dem Chef des Civil-Cabinetts, Geheimen Cabinetts-Rath von Wilnowski, und dem Geheimen Legations-Rath von Bülow II. Nachmittags machten Se. Majestät der Kaiser eine Spazierfahrt.

Am 8. d. M. empfingen Se. Majestät den Tags zuvor eingetroffenen Chef des Militär-Cabinetts, Obersten von Albedyll, arbeiteten mit demselben längere Zeit und erhielten darauf dem Vorkämpfer des deutschen Reiches in Paris, Grafen von Arnim, eine Audienz.

Ihre Kaiserlichen und königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin trafen gestern Vormittag von Potsdam hier ein, besichtigten bald nach der Ankunft die Kunstausstellung im Akademiegebäude, und machte darauf Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz noch eine Ausfahrt. Um 3 Uhr Nachmittags kehrte Ihre Kaiserliche und königliche Hoheit wieder nach dem Neuen Palais zurück und eine Stunde später trat Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz ebenfalls die Rückfahrt an.

[Se. königliche Hoheit der Prinz Carl] kam gestern Vormittags 10 Uhr von Glinde nach Berlin, machte bald darauf Höflichkeit seinem Bruder, Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Albrecht einen Besuch, und empfing später einige Militärs. Um 12 Uhr traf Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Carl ebenfalls hier ein, stattete Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Frau Großfürstin Helene von Rußland einen Besuch ab und nahm Nachmittags einige Ausstellungen in Augenschein. Abends wohnten Ihre königlichen Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Carl der Vorstellung im Victoria-Theater bei und kehrten nach dem Schluß derselben wieder nach Potsdam zurück.

Wenn Se. königliche Hoheit der Prinz Albrecht in der vergangenen Nacht auch etwas mehr Ruhe und länger dauernden Schlaf gehabt hat, so ist dies doch auf die in den letzten Tagen beobachtete Ermattung und Abnahme der Kräfte ohne besondern Einfluß gewesen.

[Se. königl. Hoheit der Prinz Adalbert] traf am Sonntag Morgen mit dem Aviso „Alder“ von Glückstadt kommend in See-see ein, inspicirte die Forts und Batterie, nahm im „Hotel Hannover“, wohn auch die Chefs der Wasser- und Hafenbauten zu einer Audienz befohlen waren, das Dejeuner ein und setzte Nachmittags die Reise nach Wilhelmshafen fort.

Berlin, 10. October. [Die bischöfliche Denkschrift. —] Elwanger. — Ernennung. Die „Germania“ hat jetzt den Schluß der Denkschrift der Bischöfe mitgetheilt, welcher aber nur die Auffassung bestätigt, die der erste Theil derselben hervorgehoben. Die Denkschrift macht den Versuch, die katholische Geistlichkeit als lediglich auf der Linie der Abwehr stehend zu bezeichnen, und sie behauptet speciell, daß die Anlagen und Vorwürfe, welche etwa gegen die Particularisten und andere der nationalen Entwicklung feindliche Elemente gerichtet werden, nicht die Stammführer der ultramontanen Partei treffen können. Die katholische Geistlichkeit und der Papst sollen eine tadellose Haltung bewahrt haben. Demgegenüber braucht man nur an die Anlagen zu erinnern, welche schon in den bekannten Reden des Fürsten Bismarck ihre eingehende und überzeugende Darstellung gefunden haben. Es ist nicht zufällig, daß die katholische Geistlichkeit überall sich zur Helfershelferin und Führerin derjenigen Bestrebungen macht, welche mit dem Lebensinteresse der deutschen Nation im schroffen Gegensatz stehen. Es ist nicht zufällig, daß der Ultramontanismus im Bündnis mit Belsen, Polen und Socialdemokraten theilsächlich steht. Was aber die tadellose Haltung der katholischen Geistlichkeit und des Papstes selbst betrifft, so muß doch auf die Kundgebungen der ultramontanen Presse hingewiesen werden, die in den innigsten Beziehungen zu der katholischen Geistlichkeit steht und von dieser ihre Inspirationen empfängt, aber seit 1866 nicht einen Tag, nicht einmal während des Krieges gegen Frankreich unterlassen hat, die deutsche Politik Preußens in der gemeinsten Weise zu bekämpfen. Gegen diese Thatfachen vermag die Denkschrift mit allen ihren Sophismen nichts auszurichten. Man muß wiederholt constatiren, daß durch dieselbe, wenn sie sich principiell gegen die deutsche Politik und gegen das deutsche Staatswesen erklärt, der Gegensatz zwischen dem Ultramontanismus und dem Rechtsstaat unserer Zeit auf das entschiedenste dargelegt wird. Nicht der Friede wird durch die Denkschrift zurückgeführt, wohl aber der Kampf zwischen dem Staat und der Kirche verschärft. Ganz besonders ist noch hervorzuheben, daß die Denkschrift eine umfassendere Bedeutung dadurch erhält, daß die außerpreussischen Bischöfe sich ganz auf Seiten der preussischen stellen, und daß die Denkschrift ausdrücklich die Erklärung enthält, die Unterzeichner billigten nicht nur das Verfahren des Bischofs von Ermeland in der Excommunicationsfrage, sondern würden auch unter gleichen Verhältnissen ebenso verfahren. — Der Rücktritt des Wirkl. Geh. Ober-Finanzraths Elwanger ist jetzt definitiv. An seine Stelle wird wahrscheinlich ein hoher Finanzbeamter treten, der früher im Finanz-Ministerium gearbeitet hat und neuerdings in der Provinz angestellt wurde.

Der Overtribunalrath Meyer ist zum Vicepräsidenten des Appellationsgerichts zu Ansternburg designirt worden.

Berlin, 10. October. [Der Apothekenbetrieb. — Die vereideten Makler. — Das Goslar'sche Kaiserhaus.] Man wird sich erinnern, daß gegen den Schluß der letzten Reichstags-Session eine lebhaft Agitation unter den Apothekenbesitzern sich bemerklich machte, welche durch eine Regulirung des Apothekenbetriebes an der Hand der Gewerbeordnung einer Bedrohung ihrer Interessen entgegen zu arbeiten strebte. Die Petitionen, welche zur Wahrung der jetzigen Verhältnisse und andererseits um gänzliche Freigebung des Apothekergewerbes eingegangen waren, blieben durch den Sessions-Schluß unerledigt. Unzweifelhaft wird diese Angelegenheit in der nächsten Reichstags-Session regulirt werden. Man verheißt sich in Regierungskreisen nicht, daß die Dinge, so wie sie jetzt liegen, nicht aufrecht zu erhalten sind, daß aber einer Regulirung im Sinne der Petenten auch große Schwierigkeiten entgegenstehen. Es ist nach wie vor die Meinung, daß die staatliche Controlle über den Apothekenbetrieb aufrecht erhalten bleiben muß. Diejenigen also, welche auf eine gänzliche Freigebung des Apothekergewerbes gerechnet haben, werden sich in ihren Hoffnungen getäuscht sehen. Eine größere Schwierigkeit bietet die Entschädigungsfrage, man verheißt sich nicht, daß die Besitzer von Privilegien nicht ohne Weiteres durch ein neues Gesetz ihre Rechte verlieren können. Jedensfalls wird man forsichren, Material über diese Frage zu sammeln, und dieselbe nicht ohne Mitwirkung von Sachverständigen zu lösen unternehmen. Hauptächlich wird man bemüht sein, auch auf diesem Gebiet die Unbequemlichkeiten zu beseitigen, welche durch die Verschiedenartigkeit der Bestimmungen in den einzelnen Bundesstaaten hervorgetreten sind. — Bekanntlich sind in jüngster Zeit einige fünfzig neue vereidete Makler an hiesiger Börse angestellt worden. Hierdurch hat das Gericht eine Widerlegung erfahren, wonach eine Abschaffung des Makler-Institutes seitens der Regierung beabsichtigt sein sollte. Wie man hört, ist die Frage allerdings in Erwägung gezogen worden und ihre Verwirklichung noch Gegenstand der Erwägung. Wenn man augenblicklich keine Aenderung vorgenommen, sondern sogar der Vermehrung der Makler zugestimmt hat, so geschah dies, weil man Angesichts des immensen Umfanges, den der Berliner Börsenverkehr jetzt gewonnen hat, sich der Forderung der Kaufmannschaft nicht entziehen konnte. — Durch die günstigen Finanzverhältnisse hat die Regierung in dem nächsten preussischen Staatshaushaltsetat eine Reihe von Petitionen berücksichtigen können, welche bis dahin verlagert werden mußten. Hierher gehört u. A. der Wiederaufbau des alten Kaiserhauses zu Goslar in seiner früheren Herrlichkeit. Eine befugliche Petition war, wie erinnerlich sein wird, mit einem Hinweis auf die zu erhoffende Unterstützung der preussischen Regierung beantwortet worden. Die Mittel zur Ausführung des Erneuerungsbaues sind bereits angewiesen.

[Professor Birchow] hat das Ehrenbürgerrecht der Stadt Bologna erhalten, wegen seiner besonderen Verdienste um die Wissenschaft und um die Stadt Bologna bei Gelegenheit des Congresses für vorhistorische Alterthums- und Menschheitskunde im Jahre 1872.

D. R. C. [Die Städte und das Herrenhaus.] Wie wir hören, hat der Minister des Innern denjenigen Städten, deren Sitze im Herrenhause gegenwärtig erledigt sind, die Welsung zugehen lassen, möglichst bald die Ersatzwahlen vorzunehmen, so daß noch vor Beginn der Herrenhaus-Sitzungen die Wahl dieser Herren erfolgen soll. Für die Stadt Berlin, deren Vertreter Geh. Finanzrath Wilkens bekanntlich sein Amt als Stadtrath und damit auch seinen Sitz im Herrenhause niedergelegt hat, wird diese Wahl, wie wir hören, in der nächsten Woche stattfinden. Als Candidaten, heißt es, hat man den Ober-Bürgermeister Hohrecht in Aussicht genommen, der somit seine Thätigkeit in dem Herrenhause nicht unterbrechen würde.

D. R. C. [Die Tagesordnung] der nächsten auf den Dienstag den 22. October, Mittags 12 Uhr, anberaumten (59.) Plenar-Sitzung des Abgeordnetenhauses enthält folgende Gegenstände: den 3. und 4. Bericht der Petitionscommission, den zweiten Bericht der Commission für Handel und Gewerbe über Petitionen, den dritten Bericht der Unterrichtscommission über Petitionen, den zweiten Bericht der Commission für Finanzen und Zölle über Petitionen und den dritten Bericht für das Gemeinwesen über Petitionen.

Nach der letzten Notiz über die Ausprägung der Reichsgoldmünzen) waren bis zum 21. September d. J. in den Münzstätten des Deutschen Reiches in Zwanzigmärkstücken 273,466,860 Mark und in Rehmärkstücken 29,654,480 Mark ausgeprägt worden. In der Woche vom 22. bis 28. September d. J. sind ferner geprägt: in Zwanzigmärkstücken in Berlin 4,195,780 Mark, in Hannover 164,920 Mark, in Frankfurt a. M. 1,404,980 Mark und in München 232,080 Mark, ferner in Rehmärkstücken in Hannover 776,240 Mark, in Frankfurt a. M. 693,870 Mark und in München 392,690 Mark. Die Gesamt-Ausprägung stellt sich daher bis 28. September auf 310,981,900 Mark, wovon 279,464,620 Mark in Zwanzigmärkstücken und 31,517,280 Mark in Rehmärkstücken bestehen.

Essen, 8. Octbr. [Die traurigen Vorkommnisse bei der hiesigen Volksbank.] über die wir berichteten, haben bereits eine schauerliche That zur Folge gehabt. Der Bruder des inhabitirten Geschäftsführers der Volksbank, der bisher Procurist in einem der ersten Bankgeschäfte unserer Stadt, in letzterer Zeit jedoch Theilhaber einer Eisengießerei zu Berge-Borbeck geworden war, hat sich gestern im Keller seiner Wohnung an der Logenstraße durch einen Schuß in den Kopf getödtet. Die Motive zu der schrecklichen That, durch welche eine junge Frau mit einem kleinen Kinde in die furchtbare Lage versetzt worden ist, dürfen darin zu suchen sein, daß der Betreffende zu den Vorkommnissen bei der Volksbank in naher Beziehung gestanden zu haben scheint.

Darmstadt, 10. October. [Der Ministerialrath Reibhardt] ist an Stelle des Geheimen Obersecretares Ewald zum Bevollmächtigten des Großherzogthums Hessen beim Bundesrathe ernannt worden.

Darmstadt, 10. October. [Der Verbandstag des deutschen Frauen- und Bildungsvereins] ist hier gestern in Gegenwart der Frau Prinzessin Ludwig von Hessen durch Professor v. Holzendorff aus Berlin eröffnet worden. Zum Präsidenten der Versammlung, welche sehr zahlreich auch durch Ausländer (u. A. Miss Carpentin England) besichtigt ist, wurde Kammer- und Breiten gewählt. Die Delegirten des Frauentags, unter welchen sich gegen 50 Frauen befinden, traten gestern Abend zu einer besonderen Berathung im Palais der Frau Prinzessin Ludwig zusammen.

München, 8. October. [Ultramontanismus und deutsches Reich. —] Aikatholische Bewegung in Baiern. —

Zur Wohnungs-Kalamität. — Volksküche.] In politischer Beziehung ist in Baiern nachgerade vollständige Ruhe eingetreten und nur hin und wieder bellt noch ein Particularist das sich immer mehr befestigende deutsche Reich in ohnmächtiger Wuth an. Die Gemäßigten-Clericalen fügen sich so gut es ihnen eben möglich in das Unvermeidliche und die extremen Ultra's rathen nur — zu trafehen. Oder ist es etwas Anderes als der Ausdruck lediglich eines blödsinnigen Hasses, wenn der „Volksb.“ z. B. über Deutschland sagt, daß er im gegenwärtigen „Reich“ nur die Frucht einer gewaltigen Revolution und das Ergebnis einer unabsehbaren Reihe von Attentaten auf die göttliche und menschliche Rechtsordnung sehe? Selbstverständlich muß auch nach Ansicht unserer biederen Ultra's ein solches Reich in seiner Wurzel bereits vergiftet sein und nur giftige Früchte hervorbringen! Ob die Früchte des neuen Reiches wirklich so giftig sind, möchte ich sehr stark bezweifeln, da sie ja bekanntermassen nicht einmal im Stande sind, trotz „Reichsgeleitens- und Einführungsgehes in Baiern“, die frommen Väter der Gesellschaft Jesu aus Baiern zu vertreiben. Das Reich wird ferner mit einem vorübergehenden Gewitter verglichen, von der Vorsehung bestimmt, die Luft zu reinigen und einer besseren Zukunft vorzuarbeiten. Eine „Zukunft“ kam danach das deutsche Reich selbstverständlich nicht haben. Den Schluß dieser Blumenlese aus den Kraftsprüchen unserer Römlinge mag die Erklärung des enfant terrible unserer Schwarzen (der „Volksbote“) bilden, dahin gehend, daß „keine Macht der Erde im Stande sei, ihm Sympathie gegen das Reich“ einzujößen! Ob diese furchtbare, überdies noch in musterhaftem Deutsch gegebene Erklärung unseres genannten Münchener Witzblattes mehr das deutsche Reich als das Zwerchfell der Leser erschüttern wird, lasse ich dahingestellt. Das nicht minder gut katholische „Waterland“ nimmt sich in jüngster Zeit sehr warm der Jesuiten an und mag folgende Stillsprobe zeigen, in welchem Tone die frommen Väter vertheidigt werden. Das Blatt läßt sie nämlich stolz mit Paulus sprechen: Man verflucht uns und wir segnen; man verfolgt uns und wir dulden; man lästert uns und wir beten. Wie ein Auswurf dieser Welt sind wir geworden, wie ein Abschäum von Allen bis zu dieser Stunde! Sollte dieses von christlicher Demuth strotzende Geständnis in seinen letzten beiden Sätzen nicht etwa und zwar gegen den Willen des „Waterland“ in der Hauptsache zur Wahrheit geworden sein? — Der „Aikatholismus“ befindet sich in Baiern zur Zeit in einer das Schlimmste für die ganze Bewegung befürchtenden Stagnation. Pfarrer Bernard hat seine Gemeinde in Kiefersfelden ohne Weiteres im Stich gelassen und befindet sich jetzt in Rabingen; über seine weiteren Pläne und ob er event. zurückkehren gedenkt, verlautet nicht das Geringste. Der Tantenhausener Pfarrer Hofmann verfiel vorläufig die von Bernard verlassene Stelle. Die Würzburger Aikatholiken haben am 4. d. Mts. die Gründung eines von München ganz unabhängigen besonderen Vereins beschlossen, für welchen eigene Satzungen entworfen werden sollen. Es steht dieser Beschluß einer Swaltung innerhalb der Bewegung in Baiern verzweifelt ähnlich. Der aikatholischen Gemeinde in Kempten ist nun endlich vom Kultusminister ein eigener Betsaal im dortigen Schlosse bewilligt worden. In München und den meisten übrigen bayerischen Städten, in denen der Aikatholismus Anhänger gefunden, ruht die mit so viel Pomp in Scene gesetzte kirchliche Bewegung fast gänzlich! Es spricht dies unter diesen Umständen so deutlich für die Zukunft derselben, daß ich mich füglich jeder Bemerkung darüber enthalten kann. — Die magistralischen Erhebungen in der Frage der ganz München in Ausregung versetzenden sog. Wohnungs-Kalamität haben zu Resultaten geführt, welche es verdienen dürften, auch in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Vor einigen Tagen wurde nämlich bekannt gegeben, daß der Magistrat sämmtliche als obdachlos sich Meldende vernehmen und dann weiter recherchiren wolle. Obwohl nun thatsächlich mehrere hundert Personen (der untersten Klasse) gegenwärtig kein genügendes Obdach haben, hat der gesammte in dieser Lage befindliche Sanhangel es doch vorgezogen, dieser Aufforderung nicht Folge zu leisten, vielmehr den beliebteren Weg der Selbsthilfe (Aneignung von Breiterhütten, Benützung von Ställen u. s. w.) einzuschlagen, und nur solche, bei denen noch ein Funken von Gefühl vorhanden, haben sich gemeldet: im Ganzen 75 Parteien! Von diesen 75 Parteien (zum Theil mit starken Familien) sind 11 hier nicht heimathberechtigt, 22 mußten wegen Trunksucht, Unreinlichkeit oder Aufnahme zweideutiger Frauenzimmer in Afermieche ausziehen, 11 Parteien wurde wegen schlechter Zinszahlung gefündigt; 12 haben inzwischen Interimswohnung erhalten, 1 Mann erklärte dem 1. Bürgermeister: „Sie müssen mir Wohnung verschaffen, ich schau mich nicht danach um!“; 1 Mann besitzt ein eigenes Haus, hat aber alle Räumlichkeiten vermietet bis auf ein unheizbares Stübchen mit Kammer und folgert nun daraus, daß er wohnungslos sei; 1 Pachtträger hat den Bürgermeister um Beschaffung einer Wohnung für Georgi 1873 ersucht, weil seiner Ansicht nach die Wohnungsnoth bis dahin so gestiegen sein würde, daß er dann kein Unterkommen mehr finden könne. Nur 13 Parteien haben sich als der Hilfe würdig herausgestellt. Theils die für ihre Kräfte zu hohen Forderungen der Besitzer, theils aber auch die Weigerung der Letzteren, Kinder im Hause zu dulden, hat diese Parteien in solche Verlegenheit gebracht. Fünf Personen haben an Georgi bereits ihre Wohnungen selbst gekündigt, in dem sicheren Erwarten, daß „der Magistrat schon für Wohnung Sorge tragen werde!“ Das ist die ganze Münchener Wohnungs-Kalamität, welche trotz ihrer Unbedeutendheit immerhin noch unbegreiflich erscheint, wenn man in Betracht zieht, daß im laufenden Jahre 568 neue Wohnungen bereits gebaut worden, die Einwohnerzahl von München aber eher immer weiter zurück als vorwärts geht! Daß die Gemeinde-Vertretung übrigens ihr Möglichstes thut, die Noth der Armen und Erwerbsunfähigen zu lindern, beweist, daß beständig beinahe 3000 Personen auf Kosten der Stadt in den verschiedenen Anstalten befristigt und verpflegt werden. Im Asyl für Obdachlose dagegen stehen zwar 150 Betten, doch sind diese nicht alle besetzt. Hier wie anderwärts erscheint es eben den Volksthassen angenehmer, jede Maßnahme der Behörde zu schwächen und dabei ein Zigeunerleben zu führen, als sich in die strenge Ordnung eines ihnen zwar offen stehenden, der in denselben geübten Aufsicht wegen ihnen aber verhassten Hauses zu fügen! — Die nicht zu leugnende Knappheit der Wohnungen, welche aber durchaus nicht gleichbedeutend sein soll mit Wohnungs-„Noth“ hat vorgestern außer dem „Arbeiterheim“ noch eine zweite Gesellschaft „Bayerische Baugesellschaft“ entstehen lassen, welche letztere bereits ein Kapital von 2 Millionen Thalern aufgebracht hat, ohne daß den Gründern der mindeste Vortheil vorbehalten wurde.

An der Spitze derselben stehen Graf zu Pappenheim und Graf von Ross-Waldeck. Hoffen wir, daß das Unternehmen möglichst schnell prosperieren werde. Das erforderliche Bau-Terrain ist vorhanden. — Vor etwa 14 Tagen wurde hier von der Besitzerin der sogenannten „Dachauer Bank“ (eines auf gelinde gesagt „geheimnisvoller“ Bank beruhenden Geldinstituts), der ehemaligen Schauspielerin Adele Spitzeder, die „erste Volksküche“ eröffnet. Die Preise sind sehr niedrig gestellt, so daß in den ersten Tagen ein colossaler Zudrang zu den Localitäten dieser Volksküche war, und allgemein geschätzt wurde, der hierdurch den übrigen Gastwirthen zugefügte Abbruch an Gästen würde ihnen empfindlichen Schaden verursachen, trotzdem „die Volksküche“ nur auf die Arbeiter berechnet sein soll. Das war indes eine kleine Täuschung: Die Mittelklasse läßt sich dort, d. h. in der Volksküche, nicht mehr blicken und die Arbeiter haben in einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung übereinstimmend erklärt, daß sie dieses Institut als ihnen schädlich erachteten. „Der Arbeitgeber würde durch die billigen Lebensmittelpreise in der Volksküche nur zur weiteren Herabdrückung des Arbeitslohnes veranlaßt.“ Unsere für das Volkswohl von wahren Feuererker besetzte bekannte Bankinhaberin scheint sonach wohl mit ihrer Glückseligkeit selbst verunglückt zu sein.

Aus Baden, 8. October. [Das Spiel.] In Baden-Baden soll am 31. October geschlossen werden. Es werden aber von Seiten des Spielbüchters Anstrengungen gemacht, es noch die Monate November und December hindurch dauern zu lassen. Herr Dupressort soll der Stadt, welche sich bereits mit der Frage der Aufbringung der 70,000 Gulden aus Gemeindemitteln zum Budget des jährlichen Kuraufwandes lebhaft beschäftigt, die Summe von 50,000 Francs geboten haben, falls sie ihm zur Genehmigung dieser Spielverlängerung verhelfen sollte. Wir zweifeln gleichwohl an dem Erfolge derartiger Bemühungen. Die Fremdenliste Badens wird voraussichtlich für dieses Jahr die Zahl von 60,000 erreichen; gegen 50,000 zählt sie bereits. (N. 3.)

Mühlhausen, 7. October. [Die Emigranten.] Ueber die Stimmung, welche gegenwärtig unter den in Belfort sich aufhaltenden Emigranten herrscht, berichtet einem Mühlhauser Correspondenten des „Niederrhein. Courier“ ein von dort gekommenen Geschäftsmann das Traurigste. Es soll da die größte Rathlosigkeit herrschen. Mangel an Wohnungen und übertriebene Theuerung der Lebensmittel machen es vielen fast unmöglich, dort zu verbleiben, und die Weiber, die zu einem großen Theil Schuld an dem unüberlegten Auswandern waren, dringen am meisten auf Abreise, entweder weiter hinein nach Frankreich, wo man keine Preußen mehr sieht, oder zurück ins Elsaß, das ist ihnen unerlekt. Die Männer überlegen die Sache etwas mehr, sie berathen mit ihren Freunden und ihrem Geldbeutel, aber wenn sie einen Entschluß treffen, der nicht zu den Emigranten zählt, so kommen ihnen Thränen in die Augen und sie klagen ihm ihre Verlegenheit auch wenn sie nicht zu Worte kommen können. Geld soll zwar ziemlich fließen zur Unterstützung der Emigranten, aber dasselbe dient hier bloß um ein höchst langweiliges Dasein zu stiften; für einen industriellen Elsäßer hat solches Geld wenig Werth. Viele fürchten, bei einer Rückkehr werde ihnen hier der Aufenthalt, wenn nicht versagt, doch sehr erschwert; solches wird wohl abschließend ausgeführt, um die Behörden zurückzuhalten, und ein allgemeines Zurückkehren ins Elsaß zu verhindern; daß dieses der Fall ist, zeigt sich in der That, daß die bisher Zurückgekehrten nichts Eiligeres zu thun wußten, als zum Commissar oder zu irgend einem andern Beamten zu gehen und ihn um Erlaubnis zu bitten, wieder hier bleiben zu dürfen. Natürlich wird dieses keinem verweigert, wenn er nicht als Franzose hier bleiben will, und von den Zurückkehrenden läßt sich keiner einfallen, eine solche Prävention zu machen.

Oesterreich.

Wien, 9. Octbr. [Reichsraths-Delegation.] Heute begann in der österreichischen Delegation die Debatte über das Kriegsbudget. Auf Antrag des Berichterstatters Dr. Siskra soll zuerst die Frage der Erhöhung des Präsenzstandes und die der Gagenerhöhung in die Debatte gezogen werden.

Cerne erklärt, im Interesse der Aufrechterhaltung der Machtstellung Oesterreichs für die Regierungsziffern zu stimmen. Die wachsenden Zerwürfnisse zwischen den österreichischen Willern selbst, die Politik Preußens, die unter dem Banner der deutschen Nationalität und der deutschen Einheit für Oesterreich von Tag zu Tag gefährlicher wird, so wie die panlavistischen Bestrebungen Rußlands, welche die Aufrichtung einer slavischen Unibersalmonarchie zum Ziele haben, dürften die Aufgabe der österreichischen Armee für die nächste Zukunft sehr schwierig machen. Darum müsse jeder Patriot für die Regierungsanträge votiren.

Dr. Brestel weist auf das Kriegsbudget des Jahres 1869 mit 74 Millionen hin, dem gegenüber das Budget für 1873 eine Steigerung von 23 Millionen aufweist. Es sei keine dringende Nothwendigkeit vorhanden, auf die Erhöhung in diesem Maße einzugehen, da eine imminente Kriegsgefahr heute viel weniger als vor vier Jahren vorhanden und die politische Situation gegenüber jener von 1868 durchaus nicht verschlechtert ist. Das Budget Oesterreichs sei noch immer kein deficitloses und die finanziellen Kräfte des Staates rechtfertigen die Absicht des Ausschusses. Sei einmal unsere Finanzlage geordnet, dann werden wir eine Macht und Stärke erlangen in unseren Beziehungen nach Außen, die viel größer sei, als jene, die durch Mehrausgaben im Militärbudget erzielt werde. (Beifall.) Im letzten Kriege wurde auf unsere schlechte Lage gerechnet. Cernes Ausführungen seien nicht am Platze, da sie innere Angelegenheiten betreffen. Uebrigens sei eine Unzufriedenheit, die durch die Bewilligung von acht Millionen befeitigt werden könnte, nicht zu fürchten. Redner empfiehlt nochmals die Ausschußanträge.

Dr. Figuly erklärt, auf dem Standpunkte der Regierung zu stehen, und wenn er dennoch Abstriche beifügt, so geschehe dies nicht aus Opposition gegen die Regierung, deren politische Tendenzen er vollkommen billige, sondern aus Opportunitätsrücksichten. Man müsse die Erfahrung, die Geschichte und die gegenwärtigen Verhältnisse bei dieser Frage zu Rathe ziehen. Redner weist ziffermäßig nach, daß die Erfahrung für seine Anschauungen spreche.

Greuter: Die gegenwärtige Frage werde gelöst durch die Beantwortung der Frage, ob die von der Regierung verlangten Opfer nicht bloß im Interesse der Regierung, sondern auch im Interesse des Volkes gelegen seien. Darüber seien nun die Meinungen getheilt. Die Salus Reipublicae verlange, daß man durch eine starke Armee die Existenz des Staates sicherstelle. Man braucht nicht bloß Soldaten für den Krieg, sondern auch für den Sieg. Die Bevölkerung werde dadurch am meisten geschont, wenn man gut geschulte Truppen dem Feinde gegenüber stellt. Der friedliche Vordergrund gebe keine unbedingten Garantien für die Zukunft. Die Logik der vollendeten Thatfachen gehe heutzutage vor dem Rechte. Während man vor wenigen Tagen dem Ministerium ein Vertrauensvotum gab, wolle man demselben heute gar keinen Glauben schenken. Der Kriegsminister möge in Zukunft seine Forderungen unter dem Titel „Dispositionsfond“ vom Minister des Aeußern beanspruchen lassen und Alles werde bewilligt werden. Rebt einer starken Armee brauche man auch eine begeisterungsfähige; daher sei Schonung der religiösen und nationalen Ueberzeugung nothwendig. Redner schließt mit der Erklärung, für die Regierungsanträge zu votiren.

Delz: Man müsse allerdings mit dem Gelde, aber auch mit den Knochen und dem Blute der Steuerträger ökonomisch verfahren. Eine starke Armee sei unbedingt nothwendig, zumal in unserer Zeit, wo Verachtung aller Autorität eingerissen ist. Wenn Oesterreich heute als Reconbalescent bezeichnet wurde, so müsse man demselben nicht nur Stärkungsmittel geben, sondern ihn auch vor neuen Wunden schützen, auf daß er nicht wieder in eine tödliche Krankheit ver falle. Redner votirt für die Regierungsanträge.

Die Debatte wird hierauf geschlossen. Der Berichterstatter Dr. Siskra erklärt, keiner der Redner gegen den Ausschußantrag habe eine sachliche Rechtfertigung der Rederzigen der Regierung vorgebracht; er wolle in eine politische Debatte jetzt nicht eingehen, da nicht der Zeitpunkt dazu da ist. In der Specialdebatte beantragt Gablenz, das Erforderniß für die

dauernde Erhöhung des Präsenzstandes im Frieden bei der Infanterie und den Jägertruppen um 28,706 Mann zu bewilligen. Redner bekämpft unter Beifall der Linken die Präsenzstandserhöhung von militärischen, finanziellen und volkswirtschaftlichen Standpunkte und hält dieselbe der politischen Constellation nach für durchaus nicht zutreffend: „Mit der geforderten Mehrlast von 4 Millionen sei es nicht abgethan. Die 28,706 Mann brauchen auch Rationen und diese kosteten allein mindestens 25 Millionen, die nach und nach gefordert würden. Ferner würde dadurch eine Arbeitskraft von 28,000 jungen Männern der Volkswirtschaft entzogen, jezt, in einer Zeit, wo allseitig so empfindlicher Mangel an Arbeitskraft fühlbar ist. Bei den jetzigen politischen Constellationen liege nicht das mindeste Bedürfniß nach einer Erhöhung des Präsenzstandes vor. Redner beruft sich schließlich auf die große Verantwortung eines Volksvertreters und erklärt, im vollen Bewußtsein seiner Pflicht gegen die Bewilligung zu stimmen.“

Dr. Hartung hält sich als Sachmann in militärischen Dingen verpflichtet, vom militärischen Standpunkte aus die Wichtigkeit der Erhöhung des Präsenzstandes zu betonen und für diese entschieden einzutreten, da die derzeitige kurze Präsenzzeit unbedingt für unzulänglich zu halten sei. Auch sei die Vererbung auf eine Ueberlastung der Steuerträger nicht zutreffend, da ein allseitiger Wohlstand bemerkbar sei und übrigens das für das Militär verwendete Geld wieder ins Volk zurückkehre.

Herbst widerlegt zunächst einige von den Vorrednern für die Regierungsanträge vorgebrachten Gründe. Wenn man bloß bewillige, was der Kriegsminister als Sachmann fordere, so sei die Delegation ganz überflüssig. Die Gründe der Regierung für die Erhöhung des Präsenzstandes seien: 1) Ungerechtigkeit der dienenden gegenüber den beurlaubten Soldaten. 2) Vergleich des Präsenzstandes Oesterreichs mit jenem anderer Länder. 3) Unerwünschte Ausbildung des Heeres.

Der erste Grund habe eine communistische Färbung. Eine absolute Gleichheit sei unmöglich; übrigens werde die Gerechtigkeit nicht dadurch hergestellt, daß es Allen gleich gehe, sondern vielmehr dadurch, daß es Allen gleich gebe. Der Vergleich mit dem Auslande sei kein schlagender Grund, da zwischen der gesetzlichen Präsenzzeitpflicht und der factischen Präsenzzeit ein wesentlicher Unterschied obwalte; endlich falle der letzte genannte Grund nicht in die Waagschale, da das Verhältniß der abgerichteten Mannschaft zur nicht abgerichteten ein sehr günstiges ist.

Die finanzielle Seite der Frage betreffend, sei für die cisleithanischen Delegationen eine Erklärung des österreichischen Finanzministers maßgebend und charakterisire die finanzielle Lage der westlichen Reichshälfte, wonach die drückende, ungerechte, ungewöhnliche Inzertatensteuer nicht aufgehoben werden könne, da das Erträgniß derselben von 300,000 fl. unsere Finanzen nicht entbehren können. Oesterreich sei finanziell nicht reconbalescent, sondern noch schwer krank und sei noch von zwei schweren Krankheiten: Deficit und Valutafrage, nicht geheilt.

Redner schließt mit einem Blick auf die Bedeutung des Institutes der Delegationen, dem keine historische Grundlage innewohnt, und befragt unter dem Beifalle der Linken die Ausschußanträge.

Nach einer persönlichen Bemerkung Greuters beantragt Fürst Carlos Auerzberg den Schluß der Sitzung. Der Antrag wird bei namentlicher Abstimmung mit 31 gegen 26 Stimmen verworfen.

Fürst Carlos Auerzberg erhält sodann das Wort und befragt die Bewilligung der Präsenzstandserhöhung aus einem dreifachen Gesichtspunkte; einmal, weil dieselbe gesetzlich ist, da im Wehrgeetze eine dreijährige Präsenzzeit in Aussicht genommen wurde; sodann vom finanziellen Standpunkte, da der österreichische Finanzminister in der bekannt gewordenen Solidarität der drei Regierungen seine Zustimmung hierzu gegeben habe; endlich, weil die Delegation der Politik des Ministers des Aeußern Vertrauen entgegengebracht habe.

Redner empfiehlt schließlich auf das Warmste die Bewilligung der Präsenzstandserhöhung.

Demel hält die Argumente des Vorredners für nicht stichhaltig. Die im Wehrgeetze in Aussicht genommene dreijährige Präsenzzeit involvire nicht das Recht der Kriegsverwaltung, den Moment zu bestimmen, in welchem die Ausführung zulässig erseheint; die Zustimmung des Finanzministers könne für das Bewilligungsrecht der Delegation nicht maßgebend sein, dem Minister des Aeußern sei eben wegen seiner Erklärungen über die friedlichen Beziehungen Oesterreichs zu dessen Nachbarn Vertrauen entgegengebracht worden, so daß also im Kriegsbudget Ersparungen möglich sind.

Gablenz wendet sich in Vertheidigung seines Antrages gegen die früheren Redner und betont, daß sein im Ausschusse gestellter Antrag auf Verladung des österreichischen Finanzministers nicht angenommen wurde. Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Schweiz.

Bern, 8. October. [Das vom Congreß in Lugano gewählte neue Centralcomite der Friedens- und Freiheitsliga besteht aus folgenden Mitgliedern: Nationalrath Bertagnini, Advocat Stoppini und Professor Thurmann in Lugano; Dr. Vertani von Genua, Abgeordneter der italienischen Parlamente; Dr. Ribol in Turin; de Birle in Ripapratia; Umilta in Genf; Advocat Blech in Paris; Dragdon, Redacteur der „Aural New-Yorker“; Cowell-Stepney in London; Gardner, Secretär des Liberal Club in New-York; Amand Goegg; Madame Goegg; Ch. Faubert, Publicist in Paris; Margand in Bern; Charles Mann in Genf; Mikolovits, Publicist in Brüssel; E. Montand in Lyon; Ch. Lemonnier in Paris; Bouffier, Präsident der italienischen Gesellschaft in Genf; Rollanday, Abgeordneter in Genf, Sanpere y Miquel von Barcelona, Cortesmitglied; Sonnenmann in Frankfurt a. M., Reichstagsabgeordneter; Professor G. Vogt in Zürich; Nationalrath Cypel in Lausanne. Professor Vogt in Zürich hat jedoch die Wahl abgelehnt.]

[Zu den kirchlichen Wirren in Genf.] Ueber die Kopfzahl der Bekenner der verschiedenen Confessionen in Stadt und Canton Genf macht man der „N. N. Z.“ folgende Mittheilungen: Die im December 1870 von der Bundesregierung angeordnete Volkszählung ergab als Gesamtstärke der Cantonsangehörigen die Zahl von 93,200 Seelen. Dieselbe vertheilte sich auf die beiden Confessionen nach dem Modus von 47,800 Katholiken zu 45,400 Protestanten. Von dieser Zahl entfielen auf die Stadt Genf 46,500 Personen, unter denen 25,400 Katholiken. Von letzterem Bestande muß man indes die in Genf sich aufhaltenden Fremden abrechnen, wodurch die katholische ortsangehörige Bevölkerung Genfs sich um circa 15,000 Köpfe verringert. — Die Ausgaben für den protestantischen Cultus beliefen sich im Jahre 1871 auf 74,100 Francs, die aus einem Specialfond besritten werden, zu welchem, wohlbestanden! weder die Genfer noch die auswärtigen Katholiken einen einzigen Centime beisteuern, während die Ausgaben für den katholischen Cultus, die sich im vergangenen Jahre auf 49,500 Francs beliefen, von der steuerpflichtigen Bevölkerung ohne Ausnahme gemeinlich getragen werden.

Italien.

Rom, 6. Octbr. [Pius IX. und Antonelli.] Der „Perlevaranza“ wird eine interessante Notiz aus dem Vatican mitgetheilt: Der Papst hat sich wieder einmal mit seinem Cardinal-Staatssecretär überworfen. Bei großen staatlichen und kirchlichen Actionen hat sich Pius IX. gern von seinem geistreichen Secretär leiten lassen, und wenn einmal auf diesem Gebiete Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen austauchten, so schadenen sie der Freundschaft nicht viel. Diesmal aber handelte es sich um eine Angelegenheit, die Pius IX. persönlich berührte. Antonelli hatte den beiden Directoren der römischen clericalen Blätter, dem des „Osservatore Romano“ und dem der „Voce della Verità“ verboten, die Anreden des Papstes an die in den Vatican kommenden Deputationen zu veröffentlichen, weil Pius in denselben bekanntlich vielfach über die Schnur schlägt und dem Staatssecretär diplomatische Verlegenheiten auf den Hals ladet. Der Papst erfuhr das dieser Tage, ärgerte sich stark und rief aus: „So lange ich lebe, will ich Herr sein. Ich hänge weder von Titus noch von Cajus, noch von den Jesuiten ab, und noch weniger von Antonelli.“ Und sodann schickte er zum Marschese di Baviera, Director des „Osservatore“ und zu dessen Kollegen von der „Voce della Verità“ und beauftragte dieselben, zwei officielle Reporters zu den Empfängen im Vatican zu schicken. Und kurz und gut, Antonelli befindet sich einmal wieder im Stande der päpstlichen Ungnade, so daß Bonnehose nur ein einziges Mal sich die Treppe hinaufbewähnt hat, welche aus der Wohnung des Papstes zur der des Cardinal-Staatssecretärs führt.

[Der Papst und die Nonnen.] In der einen der am Mittwoch gehaltenen zwei Reden beklagte Pius IX. unter anderen Unbilligen die Strenge der Prüfungs-Commission wider die Nonnen. Er

hatte noch bei jeder Gelegenheit viel väterliche Zärtlichkeit für das andächtige Geschlecht. Sein letzter Besuch, bevor er sich im Vatican einschloß, war bei den Franciscanerinnen von St. Nicola de Tolentino. „Wie kommt es nur, daß die meisten eurer Kleider so verschoffen, andere es weniger sind, keines aber ein falsches, kräftiges Braun zeigt?“ „Heiliger Vater, wir färben sie nur mit Kastanienhäuten.“ „Nehmt bessere Drogen, unterbrecht auch von heute an die strenge Regel der Fasten, indem ihr die tagtäglichen Delgerichte zuweilen durch Fleischbräsen ersetzt.“ Die Franciscanerinnen leben seitdem nicht mehr im Siechthum. Wohl mag den Nonnen, welche um die Unterrichtslicenz sich bewerben, das Examen Schwierigkeiten machen, wiewohl es bei uns jeder Dorfschullehrer der letzten Classe leicht bestehen würde: allein die Regierung muß auch nach der Seite hin die Unparteilichkeit wahren. Davon aber will der Papst nichts hören, weil er die Einmischung der laicalen Regierung in den Unterricht als Usurpation fremder Recht: ansieht. Kein Wunder daher, wenn er klagte: „Gebet Gott, daß der von allen Guten herbeigesehnte Tag bald komme, an welchem die Jugend frei, mit wahrhaft heiligen Lehren genährt und nicht wie so viele arme Nonnen verfolgt wird, die man wie unschuldige Lämmlein von ihrer Herde hinwegreißt, um sie herumzuschleppen, zu verachten und schließlich bei der Prüfung abzuweisen, wodurch sie zum großen Nachtheil der ihnen anvertrauten Tugend die Erlaubnis zum weiteren Unterricht verlieren.“ Ungeachtet viele Nonnen wegen mangelnder Befähigung für den Primärunterricht beim letzten Examen abgewiesen werden mußten, so ist doch die Zahl derer, welche die letzte Prüfung bestanden, größer als erwartet wurde. Die Gesellschaft für die katholischen Interessen ist auch durch diese Mittel thätig, Alles legt Hand an, zu retten, zu flüchten, Alle erfassen die Bedeutung des Zungenunterrichts für die Gegenwart und die Zukunft.

[Zur Mission des Mons. Nardi.] — Zur Expropriation des Convents del Gesu.] Man schreibt der „Gazzetta d'Italia“ allerlei ergötzliche Dinge über die Berichte, welche der diplomatische Schwindler, Mons. Nardi, über den Erfolg seiner Rundreise durch Frankreich und Oesterreich abgestattet hat. Wenn der vaticanische Correspondent der „Gazzetta d'Italia“ auch nicht zu den durchaus wahrheitsliebenden Berichterstattern gehört, so würde man ihm doch Unrecht thun, wenn man alle Abgeschmacktheiten jenes Berichtes ausschließlich auf seine Rechnung setzen wollte. Er sagt also:

Mons. Nardi ist der besten Laune. Er hat die vollständigen Fiaskos, das er mit seinem Civita-Vecchia-Proiecte beim Grafen Rumusat gemacht hat, erzählt er dem Papste, daß er von der englischen und derjenigen französischen Regierung, die nach Herrn Thiers kommen wird, zu Gunsten der Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft die förmlichsten Zusagen und Versprechungen erhalten hat. Mons. Nardi hat Pius IX. die ganz positive Nachricht von der französisch-englisch-russisch-österreichischen Quadrupel-Allianz gegen Italien und Deutschland überbracht. Nach Mons. Nardi kommt es ganz unfehlbar und sehr bald zum Kriege zwischen Italien und Frankreich. Die Franzosen werden ganz Italien besetzen und das Regiment der Antonelli und übrigen Monignori wieder herstellen. Aber vor allen Dingen muß Herr Thiers fallen, und der heilige Vater muß zu dem Ende die Bischöfe und Geistlichen anregen, damit sie den Verhassten baldmöglichst zum Falle bringen. Diejenigen, welche die Früchte seines Sturzes ernten werden, sind darüber völlig einverstanden, die weltliche Herrschaft des Papstes wieder herzustellen. Der arme Pius IX., welcher immer geglaubt hat, daß sich endlich die zwölf Legionen himmlischer Herrscharen, welche der ewige Vater seinem Sohne Jesus Christus nicht zu Hilfe geschickt, dem Kriegsminister des Mons. Nardi ganz entzündet und glaubt fest und fest an die Quadrupel-Allianz, deren Uebereinstimmung in allen Punkten, und es sind deren sehr viele, für den Vatican ausgemachte Thatfache ist. Dafür ist aber Mons. Nardi, von der heilige Vater mit Hinwegsetzung aller Ceremonien nur noch seinen „Nardi mio“ nennt, des Cardinalshutes gewiß. Weniger phantastisch als diese diplomatischen Nachrichten klingen die bedeutenden Summen, die Mons. Nardi dem Papste von Frankreich und England mitgebracht hat. Der Cardinal Bonnehose, welcher noch eine Woche hier bleiben will, und der Erzbischof von Dublin, Cardinal Cullen, welcher dieser Tage erwartet wird, sind mit Mons. Nardi einverstanden, Pius IX. mit Versprechen und Hoffnungen einzuwiegen und ihn zu überreden, daß er Rom verläßt. Die Jesuiten ziehen natürlich an demselben Seile mit.

Dasselbe Blatt behauptet, für die Wahrheit der folgenden Mittheilungen bürge zu können: „Das Municipium von Rom hatte die vollständige Expropriation des Convents del Gesu beschlossen; aber Pater Beck oder ein anderes hervorragendes Mitglied des Jesuiten-Ordens warf sich in S. Rossore dem Könige Victor Emanuel zu Füßen, und dieser ersuchte darauf das Municipium, den verehrungswürdigen Vätern das Refectorium und die Räume zu lassen, die sie jetzt noch inne haben. Man sieht daraus, daß, wenn es Noth thut, die verehrungswürdigen Väter keinen Anstand nehmen, sich dem Manne zu Füßen zu werfen, gegen den sie das ganze Wörterbuch aller Injurien erschöpfen haben und dessen schönsten Werk, „die Einsicht des Vaterlandes“, sie um jeden Preis zerstören möchten.“

[Die Feier des Erinnerungstages an das Plebisitum] hat in den Blättern des Comizio al Colosseo ein helloderndes Feuer angezündet. Man muß eben streitlustig sein wie sie und voll Groll wider die Regierung, sonst hätte das Fest wohl keinen Anlaß zum Hader gegeben, schon weil es so still wie möglich vorübergehen sollte. Alle Vorworte laufen schließlich in den einen zusammen, die Regierung habe Tausenden das allgemeine Stimmrecht am 2. October 1870 gestiftet, denen sie es später bei den Municipalmahlen wieder nahm und bei den politischen wieder nehmen wird, weil es ihr nun eben so und nicht anders paßt. Mit der Thatfache hat es seine Wichtigkeit, ob auch mit den daraus hergeleiteten Folgerungen, das bleibe dahingestellt. Das demokratische Meeting am Colosseo ist auf den 26. November definitiv ausgeschrieben. Der Tag der Wiedereröffnung der Kammern ward zwischen dem König und den Ministern noch nicht vereinbart.

Rom, 5. Octbr. [Graf Brasser.] — Die neueste Rede des Papstes. — Das Klosteraufhebungsgesetz.] In dem Befinden des Grafen Brasser de Saint Simon, schreibt man der „Magdb. Ztg.“, ist augenblicklich eine keine Besserung eingetreten; der Gesandte lebt, wie ich Ihnen schon schrieb, noch in Florenz, wohin er sich von seiner Villa in Norditalien aus begeben hatte, um seinen Arzt, einen sehr geschickten Chirurgen, in beständiger Nähe zu haben. Sollte, was wir sehr herzlich wünschen, die Besserung fortschreiten, so wird Herr Brasser so bald als möglich nach Rom kommen. Wenn in einigen Zeitungen von einer baldigen Neubesezung des italienischen Gesandtschaftspostens die Rede gewesen ist, so ist diese Behauptung lediglich eine Folgerung aus dem hohen Lebensalter und der augenblicklichen Krankheit unseres römischen Gesandten. Graf Brasser selbst ist um seinen Abschied bis jetzt noch nicht eingekommen und hat, so viel wir wissen, auch nicht die Absicht, dies zu thun, ehe er nicht über den wahrscheinlich ferneren Zustand seiner Gesundheit nach Verlauf der Krise genauer zu urtheilen im Stande sein wird.

Wenn Sie aus der letzten Ihnen wohl bekannten Rede Pio Nono's an die Deputation, die ihn am Tage der Plebisitumfeier im Namen der „treuen Römer“ zu trösten suchte, ersehen haben, fängt unsere bevorstehende Ministerreise selbst das politische Interesse des Papstes zu erregen an. Er meinte, man scheine jetzt die alte Praxis, die „Artischocke Blatt für Blatt zu essen“, aufgeben zu wollen, und schickte sich an, dieselbe auf einmal zu verschlingen. Die Redensart von der Artischocke stammt aus der Zeit, da Venetien und Rom noch nicht italienisch war und die Radicales ungebüdig auf die definitive Vollendung des italienischen Einheitsprogramms drangen. Ein damaliger Minister antwortete Ihnen: „Langsam, aber sicher! Wir werden die Artischocke Blatt für Blatt verzehren.“ Der Papst will mit seiner Phrase andeuten, daß nach dem Falle des jetzigen Ministeriums in

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Wien, 10. October. Reichsrathsdelegation. Fortsetzung der Kriegs-

budgetdebatte. Nachdem der Generalberichterstatter Giska im Schluss-

worte nochmals gegen die Erhöhung des Präsenzstandes gesprochen,

widerlegt der Kriegsminister die Einwürfe einzelner Redner gegen die

Präsenzstandserhöhung. legt die Nothwendigkeit einer Präsenzstandser-

höhung vom militärischen Standpunkte dar, weist nach, daß dieselbe auch

von volkswirtschaftlichen Standpunkte nicht nachtheilig sei, und er-

klärt schließlich auf Ermächtigung des Kaisers und im Namen der Re-

gierung, daß das gegenwärtige Budget ein Normalbudget sein solle.

Graf Andraffy verteidigt die Präsenzstandserhöhung, namentlich

von seinem Standpunkte als Minister des Aeußern, erdriert seine im

Ausschusse abgegebene Erklärung, daß die Verhältnisse Oesterreich-Ung-

arns zu allen maßgebenden Staaten sehr gute seien, und er fest

überzeugt sei, dieselben werden gut bleiben, so lange als die aus den

gesund aufgefassen Interessen der Monarchie resultierende Friedenspoli-

tik befolgt wird, doch könne er den Frieden Europas so wenig als irgend

Jemand auf Jahre hinaus garantiren. Die mit andern Staaten ange-

knüpften Beziehungen werden sich in kritischen Momenten verlässlich

erweisen, wenn man ausreichende Kraft mitbringt.

Andraffy wiederholt die Erklärung, daß das diesjährige Kriegsbudget

ein Normalbudget sein solle, betont, daß durch die Solidarität der

Regierung gegenüber dem Kriegsbudget keinerlei PreSSION ausgeübt

werden sollte. Andraffy widerlegt die Bemerkungen der einzelnen

Redner, legt seine Anschauungen über die Wirksamkeit des Delegations-

Institutes, wie der constitutionellen Einrichtungen überhaupt dar.

Nach einigen Gegenbemerkungen Herbst's und Giska's wird der

London, 10. Octbr. [Wantausweis.] Totalreserve 8,731,744 Pfd.

Berliner Börse vom 10. October 1872.

Table with columns: Wechsel-Course, Eisenbahn-Stamm-Actien, Divid. pro, etc.

Table with columns: Fonds und Geld-Course, Nord. Bundes-Anl., etc.

Table with columns: Ausländische Fonds, Oest. Silberrente, etc.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Berlin-Görlitzer, etc.

Table with columns: Bank und Industrie-Papiere, Anglo-DeutscheBk., etc.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Berg-Mark, etc.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Berg-Mark, etc.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Berg-Mark, etc.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Berg-Mark, etc.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Berg-Mark, etc.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Berg-Mark, etc.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Berg-Mark, etc.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Berg-Mark, etc.

Bayr. Prämien-Anleihe 112%. do. Mil.-Anleihe 100%. Neue Babilische

Frankfurt a. M., 10. Octbr., Abends. [Effecten-Societät.] Ame-

Hamburg, 10. October, Nachm. [Schluss-Course.] Preuß. Thaler

Hamburg, 10. Octbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco und

Liverpool, 10. October, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.)

Liverpool, 10. October, Vormittags 10 Uhr 35 Min. [Baumwolle.]

Liverpool, 10. October, Nachmittags. [Baumwolle.] (Mittagsbericht.)

Paris, 10. Octbr., Nachm. [Productenmarkt.] Rüböl behauptet,

Antwerpen, 10. October, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.]

Berlin, 10. October. Weizen loco 75-92 Thlr. pro 1000 Kilogr.

Wien, 10. October. [Wasserstand.] D. B. 14 F. 7 Z. U. B. - F. 3 Z.

Berlin, 10. October. Der Besserungsproceß in Bezug auf die Tendenz

der Börse fand auch heute seine Fortsetzung, doch wäre eine größere Lebendigkeit

noch immer zu wünschen. Wiener Depeschen meldeten von dort ein

Paris, 8. October, Abends. [Börse.] Der Markt war heute nicht

Frankfurt a. M., 10. October, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Schluss-

La Patria, eine Havanna-Cigarre, exquirit im Brande, vorzüglich im Aroma, ein bedeutender Gelegenheits-